



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung
und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 08.11.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 21. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 11.10.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Kurzpräsentation des Leitbildes Familiengarten durch INIK
 - 7.2. Bericht zur Baumaßnahme Borsighalle
 - 7.3. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Vorlage: BV/0362/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

10.1. Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße

Vorlage: BV/0360/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

10.2. Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe" Behandlung der Stellungnahmen Satzungsbeschluss

Vorlage: BV/0370/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei

10.3. Haushaltssatzung 2017/2018 - 1. Lesung

(der Stellenplan wird nachgesandt)

Präsentationen der Ämter

Vorlage: BV/0371/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

10.4. Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 133 "Barnimhöhe" in "Barnimhöhe"

Vorlage: BV/0369/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

10.5. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme:
Abriss der ehemaligen Verwaltungsgebäude Dr.-Zinn-Weg 18

Vorlage: BV/0373/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

10.6. Grundsatzbeschluss zur Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde - Stadtmitte

Vorlage: BV/0375/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 01.1 - Bürgermeisterbereich

10.7. Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Vorlage: BV/0372/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 80 - Amt für Wirtschaftsförderung u. Tourismus

10.8. Beitritt der Stadt Eberswalde in die LAG Barnim (e.V.)

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zur heutigen Sitzung des ABPU sind 9 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 21. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 11.10.2016

Herr Wolff informiert, dass auf Anregung von Frau Oehler der Satz im dritten Absatz auf der Seite 7 unter TOP 9.1 um die Worte „oder eine kommunale Satzung“ ergänzt wird. Der Satz lautet richtig: „Herr Götze informiert, dass im Rahmen der Erstellung des B-Planes ein Grünordnungsplan oder eine kommunale Satzung diese Fragen regeln könnte.“

Frau Oehler erklärt sich mit der Änderung einverstanden.

Abstimmungsergebnis zur Änderung der Niederschrift: einstimmig zugestimmt

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Wolff informiert, dass:

- er sich zur Vorlage BV/0360/2016 „Bebauungsplan Nr. 133 „Barnimhöhe“ Behandlung der Stellungnahmen Satzungsbeschluss“ als befangen erklärt und Herr Schubert als stellvertretender Vorsitzender die Leitung des ABPU zum TOP 10.2 übernehmen wird
- die Verwaltung ein Informationsschreiben zum „grundhaften Ausbau der Fritz-Weineck-Straße“ von Herrn Steinhäuser erhielt mit der Bitte, es den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen; das Schreiben wurde vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilt (**Anlage 2**)

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1. Einwohner, Platz der Jugend, Eberswalde

- dankt der Verwaltung für die Übergabe seines Schreibens an die Mitglieder des ABPU und bekräftigt die inhaltliche Richtigkeit des in dem Schreiben dargestellten Sachverhaltes
- informiert, dass ergänzend zum Schreiben eine Unterschriftenliste an den Vorsitzenden übergeben wird

6.2 Einwohner, Bahnhofstraße 24, 16225 Eberswalde

- nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der StVV am 27.10.2016 unter TOP 9.2 von Frau Fellner getätigte Information zum Radnutzungskonzept und verweist nach Recherchen im Internet auf Untersuchungen, die einen eigenen Fahrradweg als durchaus den sichersten Weg belegen; er geht davon aus, dass mit der Entscheidung für einen separaten Radfahrstreifen auf der Straße sich für die günstigste und damit für eine verkehrsschädigende Variante entschieden wurde; weiter führt er aus, dass nach den von Frau Fellner getätigten Aussagen zum Inhalt des Beschlusses „INSEK Strategie Eberswalde 2030“, dieser sehr umfangreich war und merkt an, dass vor der Abstimmung zur Beschlussfassung die Beschlussvorlagen künftig von den Stadtverordneten noch kritischer insbesondere mit Blick auf die Wichtigkeit für die Einwohner geprüft werden sollten
- bezieht sich auf die in der heutigen Sitzung unter TOP 10.1 zur Abstimmung anstehende Beschlussvorlage: BV/0362/2016 „Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße“ und regt an, vor der Abstimmung zur Beschlussfassung zu klären, wo die Anwohner nach Reduzierung der Parkflächen zukünftig parken sollen und sieht die Aufklärung der Anwohner als unzureichend an; ergänzend dazu regt er an, die Kommunikation zwischen den Stadtverordneten, der Verwaltung und den Einwohnern deutlich zu verbessern

Frau Fellner nimmt Bezug auf die Hinweise und informiert über eine bezogene Position zur Radverkehrsführung in der Heegermühler Straße von der Polizeidirektion Ost, Herrn PHK Werner, Direktionsstab 1, Einsatz- /Verkehrsangelegenheiten, die per E-Mail am 08.11.2016 der Verwaltung zugegangen ist. Diese wurde an alle Mitglieder vor der Sitzung verteilt und dem Einwohner zu TOP 6.1 während der Sitzung überreicht (**Anlage 3**). Weiter führt sie aus, dass sie mit den Aussagen zum Inhalt des Beschlusses „INSEK Strategie Eberswalde 2030“ dargelegt hat, dass sich die Stadtverordneten nicht innerhalb einer Sitzung, sondern über mehrere Monate hinweg mit der Drucksache befasst haben, es sich um eine kontinuierlich vorbereitete Maßnahme handelte, die unter Einbeziehung von Fachleuten (wie z. Bsp. die Polizeidirektion) erfolgte und von mehreren Beschlüssen und Ideen, ergänzt durch Anregungen und Hinweisen aus den Fraktionen getragen und dann zur Abstimmung gestellt wurde.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Kurzpräsentation des Leitbildes Familiengarten durch INIK

Herr Dr. Lars Scharnholz, Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH, stellt anhand der Power-Point-Präsentation „Konzeptfortschreibung Familiengarten Eberswalde (Baustein 1)“ den ersten Entwurf des Leitbildes vor (**Anlage 4**).

TOP 7.2

Bericht zur Baumaßnahme Borsighalle

Frau Fellner informiert anhand der PowerPoint-Präsentation „Die Borsighalle - Eberswalde »Sicherung und Inwertsetzung eines national bedeutsamen Denkmals«“ und geht gezielt auf die Etappen der Sanierung ein (**Anlage 5**).

TOP 7.3

Sonstige Informationen

Frau Fellner berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Ergebnisse, die am 25.10.2016 im Bürgerforum im Brandenburgischen Viertel erzielt werden konnten (**Anlage 6**).

Frau Leuschner berichtet anhand der PowerPoint-Präsentation „Informationen zur «Ausgewählten Klimaschutzmaßnahme» - Im Rahmen der Kommunalrichtlinie (Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen) durch die Förderung Klimaschutzmanagement“ (**Anlage 7**).

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil

- der 21. Sitzung des ABPU am 11.10.2016 unter TOP 9.8 von Herrn Dr. Mai getätigten Hinweis, dass die Absackung auf der Fahrspur der B 167, Eisenbahnstraße in Höhe Haus 50/51 seit bereits ca. einem Jahr mit dem Hinweisschild „30 km/h“ ausgewiesen ist und berichtet, dass der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) im Zusammenhang mit der Herstellung des Radverkehrstreifens in der Heegermühler Straße nochmals zur Ausbesserung aufgefordert wurde und er die Instandsetzung der Schadstelle im Vorgriff auf die anstehende Deckenerneuerung für das Jahr 2017 zugesagt hat

- der 19. Sitzung des ABPU am 14.06.2016 von Frau Wagner getätigten Anregung zu prüfen, den derzeit aufgrund von parkenden Kraftfahrzeugen als unnutzbar gemachten Aufenthaltsraum im Leibniz-Viertel, westlich der Friedensbrücke, wieder als diesen zu ertüchtigen, in dem das Parken unterbunden wird und informiert, dass die Beschilderung in diesem Bereich nicht eindeutig ist und das Verkehrsschild „Sackgasse, Halteverbot von 6.00 - 14.00 Uhr“ geändert werden soll, so dass ein Parken nicht mehr möglich ist und die Überwachung durch das Ordnungsamt erfolgen kann

Frau Köhler

- berichtet, dass derzeit die Bauausführung für die Straßenausbaumaßnahme Rudolf-Breitscheid-Straße und im Kiefernweg, erfolgt und in der Abfolge die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Teuber- und Triftstraße vorgesehen war; sie informiert, dass aufgrund von Lieferschwierigkeiten der Leuchten im 1. Abschnitt der Rudolf-Breitscheid-Straße und im Kiefernweg vorübergehend Leuchten von anderer Qualität provisorisch eingesetzt wurden und nach Lieferung der korrekten Leuchten auf Kosten des Lieferanten ausgetauscht werden; die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Teuber- und Triftstraße wird voraussichtlich im Frühjahr 2017 erfolgen können, wenn die Lieferengpässe überwunden sind; die Verwaltung sieht vor, die Anwohner in den Anliegerstraßen über die Vorgehensweise zu informieren
- nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABPU am 13.09.2016 unter TOP 9 getätigte Anregung von Frau Wagner zu prüfen, welche Anliegerstraßen einen besonders hohen Aufarbeitungsstand für die Erhaltung der unbefestigten Flächen erfordert, um ständig wiederkehrende Aufarbeitungen an Straßen zu filtern; sie nimmt dabei Bezug auf den Zustand des Knotenpunktes Erich-Mühsam-Straße /Ecke Paschenberg, der bei Regen einen Gefährdungsbereich darstellt; Frau Köhler informiert, dass eine Auswertung erarbeitet wurde und diese als Anlage zur Niederschrift gegeben wird (**Anlage 8**)
- informiert zu Neupflanzungen und Fällungen von Bäumen im Herbst 2016; es müssen 50 Bäume aufgrund von Wurzelschäden, Pilzbefall, Windschäden und offenen Höhlungen gefällt werden, dabei handelt es sich meistens um Einzelbäume in Kitas, an Straßen, Kleingartenanlagen, Sportstätten und Parks/Grünanlagen; weiter führt sie aus, dass vorgesehen ist, 74 Neupflanzungen durchzuführen, wie zum Beispiel an der Triftstraße 10 Kugelahorne, im Barnimpark 3 Säulentulpen, in der Angermünder Straße 5 Linden, in Sommerfelde am Löschteich 2 Säulenbirken und an der Tramper Chaussee 3 Scharlacheichen

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Sandow:

- nimmt Bezug auf die in der heutigen Sitzung unter TOP 6.2 getätigte Anregung des Einwohners und sieht die Meinungsäußerung zur geänderten Verkehrsführung in der Heegermühler Straße als richtig an; er geht davon aus, dass durch den Einwohner die Meinung des überwiegenden Teils der Bevölkerung vertreten wird und hätte eine Thematisierung des Anliegens

durch die Verwaltung in der heutigen ABPU-Sitzung und der zeitgleichen Ladung des Unterzeichners der Positionierung der Polizeidirektion, Herrn Werner, begrüßt, um mit ihm direkt dieses Anliegen diskutieren zu können; er regt an, erneute Debatten zum vorgenannten Thema zu führen

Frau Fellner nennt beispielhaft die langjährige Verkehrsführung in der Bergerstraße, die ebenfalls einen gesonderten Fahrradstreifen auf der Straße mitführend ausweist und keine Probleme darstellt. Sie bekräftigt, dass die geänderte Verkehrsführung in der Heegermühler Straße weiterhin auf der Tagesordnung bestehen bleiben und miteinander diskutiert werden sollte, auch im Hinblick auf die Fortführung der Umsetzung des Radnutzungskonzepts im Bereich der ehemaligen Chemischen Fabrik und der Einbeziehung der Knotenpunkte bei der Erweiterung des bereits seit langem geforderten Radeweges. Sie weist darauf hin, dass sich währenddessen ebenfalls über die Art der Verkehrsführung und die Fragestellung, wie zukünftig Radverkehr sicher geführt werden kann, weiterhin miteinander verständigt werden sollte. Die Verwaltung wird die Informationslage zukünftig verbessern und nimmt zur Kenntnis, dass der in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Teil der 21. Sitzung des ABPU am 11.10.2016 unter TOP 7.2 verteilte Flyer scheinbar nicht die erzielte Wirkung erreichte und in Zukunft weiter Diskussionsgrundlage bleibt.

Herr Sandow:

- sieht die Radverkehrsführung in der Bergerstraße als nicht vergleichbar mit der in der Heegermühler Straße an; fragt, ob in Bezug auf noch bevorstehende Änderungen von Radverkehrsführungen eine Rückabwicklung des Radnutzungskonzepts in Betracht zu ziehen ist

Frau Fellner verneint dies.

Herr Reichling:

- äußert sich zustimmend gegenüber der erfolgten Umsetzung des beschlossenen Radverkehrskonzeptes und die Realisierung der damit erzielten Schnellverbindung; er bedankt sich ausdrücklich dafür bei der Verwaltung und möchte sie ermutigen, in der Form fortzuführen; er sieht die jetzige im Gegensatz zu der bis dato vorgehaltenen Radverkehrsführung in der Heegermühler Straße als völlig unstrittig an; er appelliert, dass die Sicherheit der Radfahrer grundsätzlich Vorrang haben sollte, weil sie die deutlich schwächeren Verkehrsteilnehmer sind

Frau Wagner:

- bekräftigt, dass die Umsetzung des Radwegekonzeptes von ihr begrüßt wurde und plädiert für die Weiterführung der Umsetzung innerhalb des Stadtgebietes; sie informiert, dass im Ergebnis einer internen Umfrage im Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA) zur veränderten Verkehrsführung der Radverkehrsführung in der Heegermühler Straße sich ein positives Feedback ergab und von den betrieblichen Radfahrern und Autofahrern keine Probleme gegenüber der Umsetzung hervorgebracht wurden

Frau Oehler:

- regt an, auch zukünftig im Blickfeld zu behalten, dass mit solchen Maßnahmen insgesamt auf das Verhältnis der unterschiedlichen Verkehrsarten eingewirkt wird und durch die Vorhaltung einer Schnellverbindung eine Steigerung der Fahrradnutzung und die Reduzierung der innerstädtische umweltunverträgliche PKW-Nutzung erzielt werden kann; unabhängig davon regt sie an, dass in der Breite Straße, von Ostenende kommend in Richtung Stadtmitte, die Radfahrer auf dem Radverkehrstreifen zu schnell unterwegs sind und bittet darum, dass das Ordnungsamt informiert wird und präsent ist

Herr Pertzsch:

- weist auf die schlechten Lichtverhältnisse direkt in der Lausitzer Straße auf dem angrenzenden Parkplatz hin und fragt, ob in naher Zukunft auch in der Lausitzer Straße der Ersatz der Straßenbeleuchtung durch LED-Lampen vorgesehen ist

Die Verwaltung nimmt die Anfrage zur Prüfung mit.

Herr Melzow:

- unterstützt die derzeitige Verkehrsführung in der Heegermühler Straße und weist darauf hin, dass damit eine Verkehrsberuhigung eingetreten ist, die sich positiv auf den Stadtverkehr auswirkt; die Verkehrssicherheit wurde damit wesentlich erhöht und der Verkehrsfluss weist keine Einschränkung auf, er fragt, ob es eine Statistik über erhöhte Geschwindigkeiten vor der Veränderung gibt und regt an, Einfluss auf die Radfahrer zu nehmen, dass sie nicht die entgegengesetzte Fahrseite nutzen

Herr Wolff stimmt Herrn Sandow in der Sache zu, dass die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße weiterhin thematisiert werden sollte.

Herr Banaskiewicz:

- verdeutlicht, dass bei einer mehrheitlichen Befürwortung einer Vorlage nicht jeder Stadtverordnete der Vorlage zugestimmt haben muss; grundsätzlich sieht er die Verabschiedung des Radnutzungskonzepts und dessen Umsetzung als positiv an; darüber hinaus führt er aus, dass seines Erachtens in Abhängigkeit der Verkehrsfrequenz abzuwiegen ist, ob die Breite der Fahrspuren oder des Fußgängerweges zu reduzieren ist
- spricht sich dankend für die Fertigstellung der Erweiterung des Parkplatzes Marienstraße um 58 weitere Parkplätze aus

Frau Fellner gibt den Dank an das Tiefbauamt weiter und informiert, dass die finanziellen Mittel im Haushalt 2016 bereitgestellt wurden und daraufhin die Realisierung erfolgt ist.

Sie fasst die einhergehende Diskussion zur veränderten Verkehrsführung in der Heegermühler Straße zusammen, in dem sie bekräftigt, dass man sich mit aller Intensität und Engagement mit dem Thema auseinandersetzt, es sehr unterschiedliche, aber auch begründete Perspektiven auf einen Fakt gibt und dies letztendlich zu unterschiedlichen Schlüssen führen kann; Frau Fellner betont, dass die bisherigen Diskussionen verdeutlichen, dass es eine Auseinandersetzung zwischen den Stadtverordneten und der Verwaltung gegeben hat und damit Entscheidungen im

Rahmen der Demokratie mehrheitlich gefällt wurden. Sie sagt zu, dass die Verwaltung sich weiterhin bemühen wird, offene Diskussionen zu führen und noch besser miteinander zu kommunizieren.

Herr Bloch:

- weist darauf hin, dass auf dem Radweg in der Eisenbahnstraße, unmittelbar vor dem Café Kleinschmidt, temporäre Verkehrsschilder stehen und bittet zu veranlassen, dass dies zukünftig vermieden wird

Die Verwaltung nimmt den Hinweis entgegen.

Herr Pringal:

- weist darauf hin, dass die Straße Waldesruh in Nordend, von der Nordendpromenade kommend, geöffnet wurde und das Schließen der Asphaltstraße mit Pflastersteinen erfolgt ist; er fragt, ob es den Endzustand der Baumaßnahme darstellt oder ob noch eine fachgerechte Schließung vorgesehen ist

Frau Köhler nimmt die Anfrage zur Prüfung entgegen.

Herr Baaz:

- bedankt sich im Namen der Anwohner für die Erneuerung des Gehweges und der barrierefreien Herrichtung der Bushaltestelle in der Altenhofer Straße

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0362/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße

Herr Wolff informiert, dass die in der heutigen Sitzung unter TOP 6.1 durch den Einwohner angekündigten Unterschriftenlisten an den Vorsitzenden überreicht wurden. Die zum Zeitpunkt der Sitzung ermittelte rechnerische Prüfung ergab 263 Stimmen, die sich gegen den grundhaften Straßenausbau und den Ausbau der O-Bus-Linie in der Fritz-Weineck-Straße aussprechen.

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Frau Köhler nimmt Bezug auf die unter TOP 6.2 getätigten Anregung des Einwohners vor der Abstimmung zur Beschlussfassung zu klären, wo die Anwohner nach Reduzierung der Parkflächen zukünftig parken sollen und informiert, dass die senkrecht auf der Südseite der Fritz-

Weineck-Straße vorgehaltenen Parkflächen (gegenüber dem Block 1 - 9) bestehen bleiben und die Senkrechtparkplätze auf der Nordseite in Längsparkplätze umgewandelt werden; dies entspricht einer Reduzierung der Parkplätze um die Hälfte. Sie verweist auf Gespräche mit dem Eigentümer der Wohnblöcke, aus denen hervorging, dass der größte Teil der vorhandenen Parkfläche ungenutzt bleibt und somit eine Kostenersparnis erzielt werden kann.

Herr Dr. Mai:

- nimmt Bezug auf das Informationsschreiben von Herrn Steinhäuser, welches in der heutigen Sitzung unter TOP 6.1 durch die Verwaltung verteilt wurde und bittet zukünftig auch bei unterschiedlicher Auffassung um einen fairen Umgang miteinander, um eine sachgerechte Diskussion führen zu können

Herr Banaskiewicz:

- stellt den Antrag, Herrn Steinhäuser das Rederecht für den TOP 10.1 zu erteilen

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Rederecht: einstimmig befürwortet

Herr Steinhäuser:

- bezieht Stellung zu seinem Schreiben und darüber hinaus erörtert er, dass sich die Anwohner nicht gegen den Ausbau der Straße aussprechen, sondern gegen den grundhaften Ausbau und die damit vorgesehene Straßenverbreiterung; des Weiteren informiert er, dass die Anwohner davon ausgehen, dass dann eine Umverlegung der O-Buslinie folgt

Nach eingehender Diskussion erbitten die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner unter dem Aspekt der Demokratie, um einen sachlichen Umgang miteinander und weisen ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße um eine laut beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan ausgewiesene Sammelstraße handelt und das Procedere des Straßenausbaus dementsprechend zu vollziehen ist.

Frau Fellner informiert zu den Straßenausbaubeiträgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage Fritz-Weineck-Straße.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.2

Vorlage: BV/0360/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe" Behandlung der Stellungnahmen Satzungsbeschluss

Herr Wolff erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil. Er bittet Herrn Schubert als stellvertretender Vorsitzender den Vorsitz für diesen TOP zu übernehmen.

Herr Schubert übernimmt den Vorsitz.

Frau Leuschner informiert, dass sich redaktionelle Änderungen auf dem Deckblatt und den Seiten 55 und 56 der Begründung Bebauungsplan Nr. 133 „Barnimhöhe“ Stadt Eberswalde erforderlich machten und diese vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilt wurden (**Anlage 9**).

Herr Dr. Mai:

- regt an zu prüfen, ob die Pflanzung von Holundersträucher durch andere einheimische Sträucher ersetzbar ist

Herr Reichling:

- regt an, zukünftig einheimische Pflanzungen aufgrund von Artenvielfalt zu bevorzugen und empfiehlt, Frau Dr. K. Möller, Leiterin der Abteilung Waldschutz oder Herrn Prof. Dr. Kätzel, vom Landeskompetenzzentrum, Forst Eberswalde, zu kontaktieren, um weitere Argumente bei der Auswahl der Pflanzen einzuholen und sich künftig nicht nur auf 4 Varianten von Pflanzentypen zu beschränken

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Behandlung der Stellungnahmen

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird über die Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 133 „Barnimhöhe“ in der Fassung vom 15.04.2016 *entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes* vom 12.10.2016 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

2. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan Nr. 133 „Barnimhöhe“ der Stadt Eberswalde in der Fassung vom 19.10.2016 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen und die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0370/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2017/2018 - 1. Lesung

(der Stellenplan wird nachgesandt)

- Präsentationen der Ämter

Herr Schubert übergibt den Vorsitz wieder an Herrn Wolff.

1. Frau Jahn stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 10**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 23 – Liegenschaftsamt vor.

Frau Oehler:

- fragt an, in welchem Zeitraum die Realisierung des Wohngebietes in der Rudolf-Breitscheid-Straße vorgesehen ist und wie zielführend die Kaufverhandlungen aus Sicht der Verwaltung sind

Frau Fellner informiert, dass die Verhandlungen derzeit laufen und Details bei Bedarf im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung erläutert werden können.

Herr Dr. Mai:

- nimmt Bezug auf die Stellengliederung im Teil VI Stellenplan des Haushaltsplans 2017/2018 und fragt, warum in allen Stellennummern die Spalte „tatsächlich besetzt im Vorjahr“ mit 0,000 ausgewiesen ist

Frau Stibane nimmt die Anfrage zur Prüfung mit.

Herr S. Grohs:

- bittet, dass die Haushaltspräsentationen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden, um weiterführend in den Fraktionssitzungen diskutieren zu können

Die Verwaltung sagt zu, die Haushaltspräsentationen umgehend online zu stellen.

2. Herr Bessel stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 11**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 60 – Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft vor.

Herr Grohs:

- regt an, dass zu den Projekten im Zoo auch im ABPU berichtet wird

Frau Fellner schlägt vor, Herrn Dr. Hensch zu einer nächsten ABPU-Sitzung einzuladen.

3. Frau Leuschner stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 12**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 61 – Stadtentwicklungsamt vor.
4. Herr Götze stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 13**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 63 – Bauordnungsamt vor.
5. Frau Köhler stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 14**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 65 – Tiefbauamt vor.
6. Frau Heidenfelder stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 15**) die Haushaltsplanung 2017 und 2018 für das Amt 67 – Bauhof vor.

TOP 10.4

Vorlage: BV/0371/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt
Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 133 "Barnimhöhe" in "Barnimhöhe"

Frau Oehler:

- regt an, dass zukünftig in den Vorlagen zur Benennung öffentlicher Straßen ein Vermerk über den Einbezug des Kulturamtes und des Heimatkundevereins aufgenommen wird

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße, in der Anlage schwarz schraffiert dargestellt, im Geltungsbereich des BPL Nr. 133 „Barnimhöhe“ in „**Barnimhöhe**“ wird zugestimmt.

TOP 10.5

Vorlage: BV/0369/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

**Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme:
Abriss der ehemaligen Verwaltungsgebäude Dr.-Zinn-Weg 18**

Frau Wagner:

- bittet darum, die Maßnahmen der Haushaltsstellen, in denen Einsparungen erzielt werden konnten und zusätzliche Mittel freigegeben wurden, zu benennen und zum Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen

Herr Bessel sagt die Fertigung der Aufstellung zu, soweit dies zeitlich möglich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die notwendigen kommunalen Eigenmittel für den Abriss der ehemaligen Verwaltungs- und Laborgebäude Dr.- Zinn- Weg 18, inkl. Außenflächen, bereitzustellen.

TOP 10.6

Vorlage: BV/0373/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

Grundsatzbeschluss zur Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde - Stadtmitte

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister schrittweise mit der Realisierung des Projektes „Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde – Stadtmitte“ bis zum Jahr 2021. Die für die Maßnahme erforderlichen Mittel sind in die Pläne für die jeweiligen Haushaltsjahre einzustellen.

TOP 10.7

Vorlage: BV/0375/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 01.1 - Bürgermeistereich

Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Herr Dr. Mai:

- regt an, in der StVV einzeln über die Zusammenlegung der Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration sowie Bildung, Jugend und Sport und der Auflösung des Ausschusses für Energiewirtschaft abstimmen zu lassen
- informiert, dass die Fraktion DIE SPD-Fraktion vorsieht, einen Antrag zu stellen, dass der Ausschuss für Energiewirtschaft nicht aufgelöst wird; Herr Dr. Mai übergibt die Begründung als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 16**)

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2014 gefassten Beschluss-Nr. 1/7/14 „Bildung von ständigen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlperiode 2014 - 2019“ dahingehend zu ändern, dass die Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration sowie Bildung, Jugend und Sport zu einem Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport zusammengelegt werden. Der Ausschuss für Energiewirtschaft wird aufgelöst.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügten Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung, die am 01.01.2017 in Kraft tritt.
3. Die der Stadtverordnetenversammlung, dem Hauptausschuss und dem Bürgermeister aufgrund eines Gesetzes oder einer anderen Rechtsnorm obliegenden Zuständigkeiten werden durch die Regelungen dieses Beschlusses nicht berührt.

TOP 10.8

Vorlage: BV/0372/2016 **Einreicher / zuständige Dienststelle:** 80 - Amt für Wirtschaftsförderung u. Tourismus

Beitritt der Stadt Eberswalde in die LAG Barnim (e.V.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zur besseren Entwicklung der Stadt Eberswalde als auch zur Vertiefung sowie Vereinfachung der gemeinsamen Projekte mit den Nachbarkommunen, die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde in der LAG Barnim (e.V.) zum 01. Januar 2017.

Herr Wolff weist auf die Einhaltung der Geschäftsordnung hin, dass über die Weiterführung der Sitzung nach 22:00 Uhr abzustimmen ist.

Herr Dr. Mai stellt den Antrag, die Sitzung fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis zur Weiterführung der heutigen ABPU-Sitzung nach 22:00 Uhr:
mehrheitlich zugestimmt

Herr Wolff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:59 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Heike Köhler
Silke Leuschner
Beatrix Pohl
Sven Siebert
Petra Fritze

zu TOP 10.2
zu TOP 10.3
zu TOP 10.4

- **Gäste**

Dr. Lars Scharnholz
Helga Wolff

zu TOP 7.1
zu TOP 10.2